



POLITIK

Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes – Bedeuten mehr Befugnisse auch mehr Sicherheit?

Von Dirk Schnubel

Am 20. April 2006 titelte die SZ unter anderem: „Saar-Polizei soll Bürger künftig strenger überwachen“ und „Polizei soll mehr Befugnisse erhalten“. Hintergrund der Berichterstattung durch den SZ-Redakteur Norbert Freund war ein der SZ aus dem Hause Kramp-Karrenbauer vorliegender Entwurf zur Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes. In der Ausgabe vom 20. April 2006 kam auch der Landesdatenschutzbeauftragte Roland Lorenz zu Wort. Dass in der Folge auch eine Interview-Anfrage an die Gewerkschaft der Polizei gerichtet wurde war ebenso klar wie der Umstand, dass der Vorsitzende Hugo Müller dieser Anfrage nachkam. Wenn dann aber Günter Becker (CDU) das Interview zum Anlass nimmt, die bisher sachliche Diskussion zu politisieren und glaubt den GdP-Vorsitzenden einer „Meinungsänderung“ überführen zu müssen, verwundert das schon sehr.

Hintergrund

Offenbar schon vor dem 20. April wurde der Saarbrücker Zeitung aus dem Innenministerium ein Änderungsentwurf zum Saarländischen Polizeigesetz vorgelegt. Auf wessen Initiative und aus welchen Beweggründen es zu dem Änderungsentwurf kam, ist mir nicht bekannt. Ich bezweifle allerdings, dass LKA bzw. LPD eine solche Aktivität entwickelt haben. Hierfür dürfte es aus polizeilicher Sicht auch überhaupt keinen Grund geben.

Hugo Müller: „Die CDU hat der Polizei bereits vor drei Jahren im Polizeigesetz die Befugnis zur Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten eingeräumt. Bis heute gibt es auf dieser Rechtsgrundlage keine einzige Kamera im Land.“

Annegret Kramp-Karrenbauer auf den Umstand angesprochen, dass es aus den Reihen der Vollzugspolizei eben keine Initiative zur Änderung gab, erklärte, dass es ja auch in ihrem Hause Polizeibeamte gäbe. Die Entstehungsgeschichte bleibt

damit ebenso nebulös wie der Umstand, dass der Entwurf zunächst der Presse zugespielt wurde.

Vorgesehene Änderungen

Die geplante Gesetzesänderung bezieht sich offenbar auf drei Bereiche. So soll eine anlassfreie elektronische Erfassung von Kfz-Kennzeichen auf öffentlichen Straßen und Plätzen möglich sein, die automatisch mit dem Fahndungsbestand abgeglichen werden kann. Dadurch soll die Polizei in die Lage versetzt werden, die weitere Begehung von Straftaten zu verhindern. Beim Vorliegen einer „Gefahr“ soll auch ein Abgleich mit anderen Dateien möglich sein. Die Daten der Auto-Kennzeichen sind den Plänen zufolge „unverzüglich“ zu löschen, wenn sie nicht in den Dateien der Polizei enthalten sind. „Spätestens nach 24 Stunden“ seien die Daten „automatisch zu löschen, soweit sie nicht zur Verfolgung von Straftaten erforderlich sind“.

Dazu Roland Lorenz im SZ-Interview: „Dabei würde es sich um eine Jedermann-Überwachung von in ihrer großen Mehrheit gesetzestreuern Bürgern handeln. Mit der Einführung einer solchen Maßnahme sollte meines Erachtens so lange gewartet werden, bis die Technik es ermöglicht, nicht im Fahndungsbestand enthaltene Kennzeichen automatisch zu löschen – was bisher offenbar nicht möglich ist“.

Hugo Müller im SZ-Interview: „Wenn der Datenabgleich in wenigen Millisekunden möglich wäre, so dass nur Kfz-Kennzeichen gespeichert würden, bei denen der Abgleich einen ‚Treffer‘ ergab, wäre das in Ordnung. Bei einem Pilotversuch dieser Technik in Bayern musste man einräumen, dass es Operationen manueller Art bedurfte, um jene Kfz-Kennzeichen zu löschen, bei denen der Abgleich keinen Treffer ergab. Ein solches System wäre missbrauchsanfällig und würde zu weit in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen“.

Der zweite Bereich, der geändert werden soll, bezieht sich auf die vorbeugende Telekommuni-

kationsüberwachung (TKÜ) – also das Abhören von Telefonaten und das Mitlesen von E-Mails, SMS und Telefaxen. Zu diesem uns allen als „Großer Lauschangriff“ bezeichneten Bereich wurde der Landesdatenschutzbeauftragte Roland Lorenz in der SZ gefragt:

„Tragen die im Entwurf des Innenministeriums vorgesehenen Änderungen bei den Vorschriften über den Großen Lauschangriff den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des ‚Kernbereichs privater Lebensgestaltung‘ ausreichend Rechnung?“

Antwort Lorenz: „Nein. Nach dem von Ihnen zitierten Paragraphen 28a des Entwurfs wäre die Wohnraumüberwachung durch die Polizei zulässig, falls nur ‚abzusehen ist, dass nicht ausschließlich Gespräche geführt werden‘, die diesen Kernbereich betreffen. Nach der dieser Hinsicht verfassungskonformen Strafprozessordnung des Bundes ist die Maßnahme indes nur zulässig, ‚soweit aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist‘, dass ‚Äußerungen‘, die diesem Kernbereich zuzurechnen sind, ‚nicht erfasst werden‘. Gespräche, bei denen anzunehmen ist, dass die – unter anderem – auch diesen Kernbereich berühren, sollen also von vorneherein nicht abgehört werden“.

Der dritte Bereich ist der Bereich der Videoüberwachung an öffentlichen Wegen und Plätzen. Dies soll zukünftig nicht mehr nur an Kriminalitätsschwerpunkten möglich sein. Die Über-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

wachung soll zukünftig überall dort möglich sein, wenn dies der Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit dienen würde.

Dadurch soll dem Anliegen der Landesregierung Rechnung getragen werden, „die Kriminalitätsbelastung weiter zu senken“ und „das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken“.

Zu diesem Themenbereich vertreten Hugo Müller und Roland Lorenz folgende Meinung.

Roland Lorenz: „Die Eingriffsvoraussetzung würde die Videoüberwachung schon dann legalisieren, wenn eine relativ geringe Wahrscheinlichkeit für den Eintritt eines Schadens spräche. Da es hier nicht mehr allein um

Tatsachen geht, bewegt sich diese Eingriffsmöglichkeit in Richtung Verfassungswidrigkeit“.

Hugo Müller: „Ich denke, das ist eine politische Maßnahme, mit der man in der Öffentlichkeit einen Zugewinn an Sicherheit darstellen will, obwohl dies in der

aber nicht gesunken. Die Kriminalität fand dann eben verstärkt da statt, wo keine Kameras standen. Außerdem ist die Videoüberwachung teuer. Wir haben große Angst, dass dann für andere, vielleicht wichtigere Dinge wie Einstellungen oder bessere Fahrzeugausstattungen das Geld fehlt.

Personal wird durch die Videotechnik keineswegs eingespart. Erstens muss bei der Videoüberwachung immer jemand den Monitor überwachen, damit man sofort reagieren kann, wenn etwas passiert. Und zweitens braucht man Leute, die dann eingreifen können. Man benötigt also sogar mehr Personal. Die Landesregierung geht aber gerade in die umgekehrte Richtung. Wir hatten kurz vor der letzten Landtagswahl von Ministerpräsident Peter Müller (CDU) die schriftliche Zusage erhalten, dass in den nächsten Jahren mindestens 85 Polizisten pro Jahr eingestellt werden. 2005 waren es nur 60, in diesem Jahr ist von 50 bis 60 die Rede“.

Wie der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion dann auf die Idee kam – und diese dann auch noch öffentlich äußerte – die GdP habe in Person ihres Landesvorsitzenden eine Richtungsänderung vorgenommen, bleibt sein Geheimnis.

Fakt ist, dass sich die GdP sinnvollen Gesetzesänderungen auch weiterhin nicht verschließen wird. Sinnvoll in diesem Zusammenhang bedeutet meiner Einschätzung nach: **1.** Die Änderung muss notwendig und erforderlich sein, d. h. es müssen Defizite offen zu Tage treten sein. **2.** Der Boden der Verfassungsmäßigkeit darf keinesfalls verlassen werden. **3.** Die Umsetzung muss auch finanzierbar sein. Mir ist nicht bekannt, dass das Saarland plötzlich zu Reichtum gelangt ist. Von Regierungsseite wird uns Beschäftigten jedenfalls erklärt, dass das Land kein Geld mehr habe und deshalb Weihnachtsgeld, Beihilfe und und und gekürzt werden müssen. Von daher macht es überhaupt keinen Sinn, einen „Papiertiger“ in Form einer Gesetzesänderung zu schaffen, den man nachher nicht satt bekommt. Und bevor die Landesregierung über flächendeckende Videoüberwa-

chung nachdenkt, sollte sie sich – nur am Rande vermerkt – überlegen, wie sie den kostenverantwortlichen Stellen (budgetierte Dienststellen) unter die Arme greift. Die z. B. erhöhten Treibstoffkosten, auf die niemand innerhalb der Polizei Einfluss hat, aus anderen Titeln (z. B. Büromöbel) zu finanzieren, halte ich für nicht sinnvoll. Das führt nämlich dazu, dass man bei anderen Behörden oder Firmen deren „Ausschussware“ an Land zieht. Die sachgerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen bleibt auf der Strecke u. v. m.

◆ MEINUNG

Die Polizei und unsere „Gefühle“

VON SZ-REDAKTEUR NORBERT FREUND

Was am Entwurf zur Änderung des Polizeigesetzes nachdenklich stimmt, ist vor allem die grundsätzliche Herangehensweise. So wird darin auf den technischen Fortschritt verwiesen, der es der Polizei „fortlaufend“ ermögliche, ihre Aufgabenerfüllung zu perfektionieren. Zudem heißt es zur Videoüberwachung, man wolle damit „das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken“.

Hier stellt sich doch die Frage, ob es Aufgabe eines Polizeigesetzes sein kann, „Gefühle“ der Bevölkerung zu stärken oder zu mäßigen. Zum anderen wäre darüber nachzudenken, ob alles, was technisch möglich ist, immer auch gemacht werden muss. Schließlich dürfte die Polizei Videotechnik schon bisher an Kriminalitäts-Schwerpunkten einsetzen, hat dies aber nicht getan. Offenbar ließen sich die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung selbst an solchen Orten bislang ohne Polizeikameras befriedigen.

Sache nicht der Fall sein wird. Ich befürchte sogar, dass das bisher positive Bild, das die Bürger von der Polizei haben, sich zum Negativen verändert. Wenn an vielen Orten im Saarland die Videoüberwachung eingeführt würde, wäre dies eine erhebliche Belastung für den Bürger. Seine Möglichkeit, sich unbefangen in der Öffentlichkeit zu bewegen, wäre damit eingeschränkt. Bisher nehmen die Bürger die Polizei als demokratische Institution und nicht als Teil eines Überwachungsstaats wahr. Das könnte in Zukunft anders sein.

Wir wissen aus Erfahrungen, die man außerhalb des Saarlandes mit der Videoüberwachung machte, dass diese Technik an den Orten, wo sie eingesetzt wurde, zu einer Verringerung von Straftaten führte. Insgesamt ist deren Zahl

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe unseres Landesteils ist der 9. Juli 2006.



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V.i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489

Scheindebatte lenkt nur ab

VON SZ-REDAKTEUR MARTIN ROLSHAUSEN

Jetzt wird also wieder mal über die Videoüberwachung diskutiert. Das Thema taucht in regelmäßigen Abständen auf der politischen Tagesordnung auf. Dann wird palavert. Und am Ende wird dann mit bedauerndem Schulterzucken festgestellt, was die meisten vorher schon wussten: Es bringt nichts. Ganz im Gegenteil: Im Falle des Drogenhilfenzentrums (DHZ) würden durch eine Videoüberwachung Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter und Hilfesuchender verletzt.

Scheindebatten wie die um die Videoüberwachung verstellen den Blick auf mehr versprechendere Strategien zur Lösung der Probleme am DHZ. Was ist zum Beispiel mit der Idee, die Angebote des DHZ auf verschiedene Standorte zu verteilen und die Nutzung des Druckraums mehr als bisher an den Willen zum Ausstieg zu koppeln? Was ist mit der guten Idee von Gesundheitsminister Josef Hecken, Heroin auf Rezept auszugeben und so zu versuchen, langfristig den Teufelskreis der Sucht zu durchbrechen?

Einstellungszahlen, Besoldung, Versorgung, Weihnachtsgeld, das große Feld Beihilfe u. v. m. sind ebenfalls Themen, denen man sich als Innenpolitiker wunderbar i. S. d. Polizeibeschäftigten widmen kann.

Und noch etwas. Natürlich müssen wir technisch auf dem neuesten Stand bleiben. Keine Frage! Ich warne aber vor einer übertriebenen „Technikgläubigkeit“. Für die innere Sicherheit sorgen in erster Linie die Polizeibeschäftigten. Ihr kriminalistisches Denken, ihr kriminalisti-

POLITIK

scher Spürsinn darf bei aller Technisierung nicht verloren gehen. In die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss qualitativ und quantitativ investiert werden. Ihr Engagement ist m. E. nach entscheidend für die innere Sicherheit. Ein flächendeckendes Aufstellen von Videoüberwachungsgeräten macht keinen Sinn.

Dieser Meinung sind im Grunde genommen auch alle im Stadtrat von Saarbrücken vertretenen Fraktionen, die davon

ausgehen, dass eine Videoüberwachung z. B. des Drogenhilfeszentrums in der Brauerstraße die Probleme dort nicht wird lösen können. Und die abgedruckten Kommentare der SZ-Redakteure Freund und Rolshausen sprechen ebenfalls Bände.

PS:

Nachfolgend haben wir den in diesem Zusammenhang von Hugo Müller an Günter Becker geschriebenen Brief abgedruckt.

OFFENER BRIEF

Betreff: Fortentwicklung des saarländischen Polizeigesetzes

Sehr geehrter Herr Becker, ein Interview des SZ-Redakteurs Norbert Freund mit mir in meiner Eigenschaft als GdP-Landesvorsitzender, das am 9. Mai im Teil „Landespolitik“ veröffentlicht wurde und sich kritisch mit den Ideen zur Fortentwicklung des SPoIG beschäftigte, veranlasste Sie am gleichen Tag zu einer Pressemeldung unter dem Titel „GdP-Landeschef Müller beim Thema Videoüberwachung jetzt plötzlich auf SPD-Linie“.

Weil uns in der GdP und mir ganz persönlich ein sachlich-kritischer Austausch von Argumenten wichtiger ist als eine medial geführte Debatte, habe ich sehr bewusst auf eine neuerliche kommentierende Reaktion in die Medien hinein auf Ihre Pressemeldung hin verzichtet.

Erlauben Sie mir heute, zu den in Ihrer Presseerklärung gemachten Vorwürfen und Unterstellungen einige klarstellende Worte zu formulieren.

Sie haben festgestellt, „es stünde der GdP gut an, auf die Vorlage eines Entwurfs des neuen SPoIG zu warten, um dann im geordneten Verfahren im Rahmen der Anhörung im Landtag ... zu beraten.“ In dieser erkennbaren Grundhaltung, die auf ein „geordnetes Verfahren“ abzielt, möchte ich Sie vom Grundsatz

her ausdrücklich unterstützen. Dass Sie den entsprechenden Vorwurf an meine bzw. die Adresse der GdP richten, ist für uns allerdings auch nicht ansatzweise nachvollziehbar. Denn wenige Tage vor dem Interview mit mir, konkret am 20. April, berichtete die Saarbrücker Zeitung umfassend und dezidiert über die Planungen des Innenministeriums bzw. der Landesregierung bzgl. eines neuen SPoIG, in dem erheblich erweiterte Befugnisse zur Videoüberwachung, zum Kfz-Kennzeichen-Scanning und in anderen Bereichen vorgesehen sein sollen. Von diesem SZ-Bericht waren viele in der Polizei überrascht, und wir in der GdP erst recht. Wir wussten auch nicht ansatzweise etwas über das einschlägige Vorhaben im Allgemeinen, noch war uns ein entsprechender Gesetzentwurf im Besonderen bekannt. Wir hätten uns das von Ihnen eingeforderte „geordnete Verfahren“ auch gewünscht, nur war es durch eine von wem auch immer zu verantwortende Indiskretion und der erwähnten SZ-Berichterstattung kaum mehr möglich. Nichtsdestotrotz gab es seitens der GdP keine aktive Öffentlichkeitsarbeit als Reaktion auf diesen Bericht. Wenn dann allerdings seitens eines SZ-Redakteurs um

OFFENER BRIEF

ein Gespräch gebeten wird, um die GdP-Positionen zu dem veröffentlichten und somit umfassend bekannt gewordenen Gesetzesvorhaben zu erfahren, so kann man dies nicht mehr ablehnen.

Sie haben weiterhin festgestellt, dass ich in einem SZ-Gespräch am 18. April 2005 noch ausdrücklich die Idee des automatisierten Kfz-Scanning unterstützt und damals betont hätte, die Methode des automatisierten Kennzeichenabgleiches sei geeignet, die Sicherheitslage der Bürger zu verbessern. Nun sei es unverständlich, wie der gleiche „Gewerkschaftschef seine Meinung in so kurzer Zeit vollständig ändert und auf den ablehnenden Kurs der SPD zu diesem Thema einschwenkt“.

Diese Bewertung überrascht mich doch sehr, denn sie unterstellt einen Dissens, der tatsächlich und auch in den Interviews nicht existiert. In dem von Ihnen erwähnten SZ-Artikel von April

2005 ging es um die grundsätzliche Frage, ob ein automatisierter Abgleich von Kfz-Kennzeichen mit polizeilichen Fahndungssystemen aus fachlicher Sicht sinnvoll ist und dabei helfe, die Sicherheitslage zu verbessern. Dies habe ich seinerzeit ausdrücklich bejaht, verbunden mit der sehr weit reichenden Idee, hierfür sogar das Toll-Collect-System zu nutzen (wenn dies denn technisch möglich wäre).

An dieser Betrachtungsweise hat sich bis heute nichts geändert!

Vor dem Hintergrund der in den letzten Monaten und Jahren geführten Debatte um die richtige Grenzziehung zwischen Sicherheit und Freiheit und der Notwendigkeit einer von einer breiten Bürgermehrheit getragenen Kompetenzerweiterung der Polizei einerseits und der in diesem Zusammenhang sehr beachtli-

Fortsetzung auf Seite 4

Anzeige



schnell - sicher - günstig
VITAWARE.DE
Ihre Versandapotheke

Kooperationspartner des Sozialwerks der GdP Saarland

**Sie sind GdP-Mitglied und benötigen Produkte aus der Apotheke?
Sie möchten die Produkte schnell, zuverlässig und kostengünstig?
Sie wollen bequem per Internet bestellen?
Sie wollen sparen durch günstige Konditionen speziell für GdP-Mitglieder?**

Wenn Sie diese Fragen positiv beantwortet haben, bieten wir Ihnen die Möglichkeit dazu!

Wir bieten Ihnen an, über das Konzept **VITAWARE** aktuell ca. 204.000 Artikel schnell und kostengünstig zu bestellen. Die umfassende Produktpalette besteht aus apothekenüblichen Präparaten und Hilfsmitteln, die Sie bequem im Internet bestellen können. Wir liefern diese dann kurzfristig an jede gewünschte Adresse bundesweit.

Neugierig geworden?

Um Ihre persönliche Freischaltung zu beantragen, nutzen Sie bitte entweder den Zugang unter www.gdp-saarland.de dann finden Sie uns im Bereich Leistungen/Internetapotheke oder direkt unter dem Mitgliederzugang <http://gdp-saarland.vitaware.de>

Nach Erhalt von Login und Passwort können Sie den Online-Shop nutzen, um die von Ihnen benötigten Produkte bequem einzukaufen.

Viel Spaß beim Bestellen.
Ihr **VITAWARE-TEAM**

Fortsetzung von Seite 3

chen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes etwa zur akustischen Wohnraumüberwachung oder zur Rasterfahndung andererseits, hatte ich dann im April 2005 aber eine ganz entscheidende Bedingung formuliert, nämlich dass „die erhobenen Daten nur für die **sofortige Abgleichung** mit polizeilichen Fahndungssystemen nutzbar sein sollten, und immer dann, wenn dabei kein ‚Treffer‘ festgestellt wird, **eine Speicherung nicht erfolgen dürfe!**“

Genau diese entscheidende Bedingung war in dem SZ-Interview vom 9. Mai 2006 Ursache von Zweifeln meinerseits.

Der SZ-Redakteur wies nämlich darauf hin, dass in dem ihm vorliegenden Gesetzentwurf (der wie schon erklärt mir nicht vorlag) der Polizei die Kompetenz zugewiesen werden soll, Informationen in Bezug auf Kfz-Kennzeichen zu erheben.

An späterer Stelle im Entwurf sei dann erklärt, dass solche erhobenen Informationen nach Abgleich unverzüglich zu löschen seien.

Im Sinne der oben genannten Grundhaltung habe ich dann folgerichtig festgestellt, dass ein

„Datenabgleich in wenigen Millisekunden“, verbunden mit einer Speicherung im Falle eines „Treffers“ wünschenswert ist, eine Speicherung aller Daten, die eine „unverzögliche Löschung“ nach einem Abgleich erforderlich macht, aber eben einen Schritt zu weit geht.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auch zu der im Interview angesprochenen strittigen Frage einer „präventiven Videoüberwachung“ öffentlicher Wege und Plätze Stellung zu beziehen. Auch hier ist die GdP-Argumentation eine solche jenseits parteipolitischer Debatten. Auf der Basis des Positionspapiers der GdP Bund vom 7. August 2000, das ich Ihnen als Anlage beifüge, lehnen wir eine Videoüberwachung öffentlicher Wege und Plätze nicht grundsätzlich ab. Wir sagen aber auch, dass eine solche Maßnahme nur dort zulässig sein sollte, wo sich solche Flächen auf Grund eindeutig vorliegender Erkenntnisse als Kriminalitätsschwerpunkte erwiesen haben. Insofern haben wir uns bei der entsprechenden Veränderung des SPolG vor einigen Jahren auch sehr konstruktiv-kritisch verhalten. Wenn aber auf der Basis der damaligen Gesetzeserweiterung bis heute keine

einzigste Videoüberwachungsanlage im Saarland installiert ist, dann ist doch wohl die Frage, ob man jetzt unbedingt eine noch weitergehende Befugnisse braucht, klar zu beantworten.

Erlauben Sie mir, in der Sache noch eine weitere wichtige Bemerkung zu machen. Vor dem Hintergrund der problematischen Haushaltslage des Saarlandes wird es immer schwieriger, die Mittel für dringend notwendige Einstellungen in die Polizei bzw. die Ergänzung und Modernisierung der Sach- und Dienststellenausstattung bereitzustellen. Gleichzeitig über neue und sicherlich wohl nicht ganz billige Techniken zu philosophieren, die dann aus dem gleichen Haushalt zu finanzieren wären, müssen auch insofern kritische Fragen unsererseits verursachen.

Um zu belegen, dass wir in der GdP-Öffentlichkeitsarbeit nicht nur alles destruktiv oder parteipolitisch motiviert bewerten, zitiere ich im Folgenden noch den letzten Teil des Interviews, der leider aus Platzgründen nicht mehr veröffentlicht wurde:

SZ: *Wie bewerten Sie die im Entwurf vorgesehene Einführung der vorbeugenden Telekommunikationsüberwachung, wenn die Polizei „konkrete Vorbereitungs-*

handlungen“ für schwere Straftaten feststellt?

Müller: *Bei schweren Delikten etwa im Bereich der Organisierten Kriminalität oder terroristischen Aktivitäten ist die verdeckte Informationserhebung für die Polizei eine der wichtigsten Möglichkeiten, um überhaupt ein Stück weiter zu kommen. Ich denke, dass die Pläne des Ministeriums in diesem Bereich verfassungskonform sind.*

Sehr geehrter Herr Becker, wie Sie sehen, gibt es bei uns weder einen Zickzack-Kurs noch eine parteipolitisch motivierte Positionierung oder Öffentlichkeitsarbeit. Gerne würde ich die Gelegenheit nutzen, die begonnene Debatte in geordnete und – sowohl für die Polizei als auch die Bürgerinnen und Bürger – fruchtbringende Bahnen zu lenken. Hierzu schlage ich vor, dass wir uns alsbald mit Vertretern des GdP-Landesvorstandes und den Mitgliedern der CDU-Fraktion im Innenausschuss zusammensetzen und durchaus konstruktiv-kritisch die Argumente austauschen.

Über eine Rückmeldung ihrerseits in diesem Sinne würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,

Hugo Müller,
Landesvorsitzender

VERANSTALTUNG 1

„1. Hoffest“ des Polizeimusikkorps

Die Idee, sich im Dienst einer guten Sache der Öffentlichkeit vorzustellen und dies mit kompetenten Partnern zu verwirklichen, hatte fruchtbaren Boden gefunden. Das 1. Hoffest des Polizeimusikkorps des Saarlandes, durchgeführt auf dem ehemaligen Gelände der Telefilm Saar am Eschberger Weg, war ein voller Erfolg.

Die Evangelische Kirchengemeinde Schafbrücke, die Jugendabteilung des SV Schafbrücke

und Mitglieder des Hofplatzvereines Eschberg sorgten sich um das leibliche Wohl der Gäste, während die Mitglieder des Polizeimusikkorps ihren Part übernahmen: In den Besetzungen Blasorchester, Egerländer und Big Band heizten sie den Besuchern richtig ein und gewannen wieder viele neue Fans. Für den optimalen Sound mit dem richtigen Equipment sorgte Bernhard Wesely von der Fa. Stagelight-Showservice.



POK Robert Schmitt bei der Eröffnung des Hoffestes.

Foto: LPD Presseabteilung

Und da das Wetter auch mitgespielt, werden die Veranstalter sicherlich einen respektablen Betrag an die Aktion „Herzens-

sache hilft Kindern“ von SWR und SR übergeben können. **(Quelle, LPD-Presseinformation vom 9. Mai 2006)**

TARIFBEREICH

Tarifforum eingerichtet

Auf Initiative von Michael Andrae, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender, und zuständig für Tarifangelegenheiten beim GdP-Landesbezirk, wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Tarifaufeinandersetzung eine

Müller zur konstituierenden Sitzung.

Hugo Müller stellte den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen, insbesondere die wesentlichen Knackpunkte, sowie die Haltungen und Erwartungen

Tarifbeschäftigten über die GdP-Medien zugehen.

Als Ergebnis des Treffens wurde auch eine Informationsveranstaltung für alle Tarifbeschäftigten vereinbart. **Datum: 14. September 2006. Bitte vormerken!**

Von den Teilnehmern der Tarifrunde wurde deren Einrichtung sehr begrüßt. Man vereinbarte sich bei Bedarf öfter, mindestens aber zwei- bis dreimal im Jahr zusammenzusetzen.

Da der Teilnehmerkreis des Tarifforums ohne Weiteres erweiterbar ist, können sich interessierte Tarifmitglieder über die Landesgeschäftsstelle jederzeit einklinken. Dort erhaltet ihr regelmäßig aus erster Hand alle aktuellen Informationen, könnt über die Tarifpolitik diskutieren und habt die Möglichkeit, sie mitzugestalten.

Karl Recktenwald



Die „Tarifrunde“ am 7. Juni 2006

Foto: Hugo Müller

tarifpolitische Runde eingerichtet. Ziel ist eine Verbesserung der Informations- und Organisationsarbeit im Bereich der tarifbeschäftigten Mitglieder des Landesbezirks der GdP.

Aufgrund der Meldungen des Landesbezirksvorstandes und aus den Kreisgruppen gehören dem Tarifforum derzeit folgende Mitglieder an:

Michael Andrae, stellv. Landesbezirksvorsitzender, Karl Recktenwald, Vors. Hauptpersonalrat beim MfIFFS, Vera Koch, Mitglied Große Tarifkommission, Martin Speicher, Mitglied Große Tarifkommission, Sonja Alt, KG St. Wendel, Brigitte Karst, KG Neunkirchen, Wolfgang Henkes, KG Neunkirchen, Helga Bourget, KG Saar-Pfalz, Andrea Thiel, KG Saarbrücken Stadt, Michael Schneider, KG Saarbrücken Land, Jürgen Schmeer, KG Landeskriminalamt

Am 18. Mai 2006 trafen sich die Mitglieder erstmalig in der Landesgeschäftsstelle mit dem Landesbezirksvorsitzenden Hugo

sowohl der Arbeitgeber- als auch der Gewerkschaftsseite vor.

Mit Blick auf die für den 19. und 20. Mai terminierten (zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossenen) Tarifverhandlungen und die am 20. Mai vorgesehene Sitzung der Großen Tarifkommission der GdP wurde die Tarifaufeinandersetzung und die Haltung des Landesbezirks zu den anstehenden Themen ausführlich diskutiert.

Zur Auswertung des nunmehr vorliegenden Tarifergebnisses hinsichtlich der saarländischen Verhältnisse und zur Diskussion über die noch offenen Fragen fand die nächste Sitzung des Tarifforums am 7. Juni 2006 statt.

Hierbei wurde eine Bewertung des Tarifergebnisses für die Länder vorgenommen und festgestellt, dass noch wichtige und schwierige Detailfragen geklärt werden müssen. Diese Klärung soll in einem Gespräch mit der Innenministerin herbeigeführt werden. Eine zeitnahe Information über das Ergebnis wird allen

VERANSTALTUNG 2

Tag der Hilfsdienste in Lebach

Am 9. Mai 2006 fand in der Fußgängerzone Lebach die zweite Auflage des „Tags der Hilfsdienste“ statt. Von Joachim Persch und seinem Team vorbildlich organisiert und von der Stadtverwaltung bestens unterstützt, stellten die Hilfsdienste bei verschiedenen Übungen ihr Können unter Beweis. Ob Feuerwehr, THW, DRK oder DLRG, alle Teilnehmer waren mit Begeisterung dabei. Und dass die Arbeit der Hilfsdienste in der Öffentlichkeit auch wahrgenom-

men wird, zeigte die große Zahl an interessierten Zuschauern. Die PI Lebach war mit einem Infostand ebenso vertreten wie die Polizeiseelsorge. Welche Folgen unsachgemäß mitgeführtes Benzin (Tanktourismus) haben kann, zeigte der simulierte Unfall am Schluss des Tages. Ein Dankeschön auch an Mike Caspers, der den Tag moderierte, Interviews führte und sich selbst wagemutig durch einen „Luft-einsatz“ retten ließ.

D. S.



„Action“ in der Lebacher Fußgängerzone beim Tag der Hilfsdienste.

Foto: PI Lebach

Gesprächsrunde mit der Innenministerin

Am 19. Mai 2006 fand ein Gespräch mit der Innenministerin statt, bei der die nachfolgend aufgeführten zehn Themen erörtert wurden.

Thema 1: Einstellungszahlen und Einstellungen von Polizeiverwaltungsbeamten oder -angestellten

JUNGE GRUPPE: „Wie soll bei den zukünftigen Pensionszahlen von bis zu 240 im Jahr 2010 und den derzeitigen Einstellungszahlen der Personalbestand gehalten werden?“

„Was sind mögliche Aufgaben von Polizeiverwaltungsangestellten?“

Forderung JUNGE GRUPPE nach bedarfsorientierten Einstellungen, nicht nach Kassenlage

Kramp-Karrenbauer: Es wird in den nächsten Jahren bei einem Einstellungskorridor von 50 bis 60 Neueinstellungen bleiben. Wir müssen aber über den quantitativen und qualitativen Zuschnitt des Stellenplans der Polizei reden und über die Frage der Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten und Einstellung von Fachpersonal.

Über diese Möglichkeiten werden nach der Sommerpause auf Grund der Evaluierungsergebnisse der AG Polizei 2000+ Beratungen geführt.

Thema 2: Fortgang zweigeteilte Laufbahn

JUNGE GRUPPE: „Gibt es seitens der Landesregierung Pläne, wie z. B. in Hamburg im ersten Studienjahr die Kommissaranwärter/Innen ohne Bezüge auszubilden?“

Forderung JUNGE GRUPPE nach Festhalten an der zweigeteilten Laufbahn und Ausbildung mit Bezügen

Kramp-Karrenbauer: Aus meiner Sicht kann ich ausschließen, dass im Saarland im ersten Studienjahr ohne Bezüge ausgebildet wird, jedoch wird es evtl. eine Debatte über eine mögliche Kürzung der Anwärterbezüge wie in anderen Bundesländern geben. Das dadurch eingesparte Geld soll der Polizeiorganisation an anderer Stelle zufließen.

Thema 3: Rückmeldung der Staatsanwaltschaft über den Ausgang von Strafverfahren

Forderung JUNGE GRUPPE: Rückmeldung der Staatsanwaltschaft über den Ausgang von Strafverfahren mit dem Ziel einer höheren Motivation der Kollegen

Kramp-Karrenbauer: Es sind hierzu Befragungen bei der LPD und dem LKA durchgeführt worden, wobei dem LKA die derzeitige Rückmeldepraxis der Staatsanwaltschaft als ausreichend erscheint, während bei der LPD und hier vor allem an der Basis die mangelnde Information beklagt wird. Es ist eine Arbeitsgruppe damit beauftragt worden, eine praktische Verfahrensweise zur Rückmeldung zu entwickeln. Nach dem Erstellen einer solchen Praxis soll sich konkret mit der Staatsanwaltschaft darüber unterhalten werden.

Ziel ist es, jeden Sachbearbeiter dann über den Abschluss von Verfahren zu informieren.

Thema 4: Psychologie als Unterrichtsfach

Die JUNGE GRUPPE schildert die derzeitige Situation und stellt einzelne Unterrichtsinhalte, die zu theorie-lastig sind (Stichwort „lange Geschichte der Psychologie“, etc.) dar und erwähnt das gänzliche Fehlen einer berufsbezogenen „Polizeipsychologie“.

Forderung JUNGE GRUPPE: Eine praxisnähere Ausgestaltung des Faches als bessere Vorbereitung auf das Berufsleben

Kramp-Karrenbauer: Das Innenministerium wird in diesem Punkt nachhaken. Das Referat D5 als Fachaufsicht wird sich mit der Problematik beschäftigen.

Thema 5: Schriftliche und mündliche Prüfung innerhalb der dreijährigen Ausbildungszeit

Die JUNGE GRUPPE weist auf die Problematik der Einsetzbarkeit der Kommissaranwärter hin, die in dem Zeitraum zwischen schriftlicher und mündlicher Abschlussprüfung (Oktober bis Januar) zwar den Dienststellen als Einsatzkräfte zugeteilt

sind, jedoch noch keinerlei Befugnisse besitzen.

Die JUNGE GRUPPE schlägt vor, die mündliche Abschlussprüfung zeitlich vorzuziehen, damit die Anwärter möglichst schnell als volle Einsatzkraft eingesetzt werden können.

Die JUNGE GRUPPE verweist ebenso auf die Handhabung anderer Bundesländer mit der Problematik „Befugnisse der KAs“. Sie weist auf die Regelung in Bayern hin, wo ein Kommissaranwärter/In nach einer Ausbildungszeit von einem Jahr zum Polizeioberwachmeister wird und somit Anordnungsbefugnis besitzt.

Kramp-Karrenbauer: Die Ministerin erläutert hierzu, dass eine Arbeitsgruppe an der FHSV eingerichtet wurde, die sich derzeit mit der Umwandlung des Diplom-Studiums in einen Bachelor-Studiengang befasst. Der Ergebnisbericht der Arbeitsgruppe, der im Herbst dieses Jahres erwartet wird, bildet die Grundlage für eine Diskussion über eine Umstrukturierung der Polizeiausbildung.

Sie bat die JUNGE GRUPPE, Informationen über die bayrische Regelung der Befugnisproblematik an sie weiterzuleiten.

Thema 6: Ausstattung mit schusssicheren Westen

Die JUNGE GRUPPE spricht die Ministerin auf den derzeitigen Planungsstand bei der „Mannausstattung“ von schusssicheren Westen an. Weiter fordert sie eine Pool-Ausstattung der KD, der KPI und des LKA.

Kramp-Karrenbauer: Die Innenministerin erläutert, dass laut dem derzeitigen Stand die bestehende Pool-Ausstattung der Dienststellen mit Schusswesten der Firma „Second Chance“ bis zum Jahresende gegen neue Schusswesten ausgetauscht wird.

Die Beschaffungsplanung sieht vor, dass eine Ausrüstung jedes Polizeivollzugsbeamten/In mit einer schusssicheren Weste, in drei bis vier Beschaffungsphasen, bis zum Jahre 2009 abgeschlossen sein soll. Dabei wird ebenso der Austausch der Schusswesten, die

privat von Polizisten angeschafft wurden, berücksichtigt und gegen neue Westen ersetzt.

Zur Forderung nach einer Poolausstattung für die KDs, die KPI und das LKA wurde von ihr eine Prüfung zugesagt.

Thema 7: Leitstelle

Die JUNGE GRUPPE berichtet der Ministerin über die positiven Erfahrungen der Kollegen aus Rheinland-Pfalz bei der Anwendung einer eigens entwickelten Lagebildsoftware.

Diese ermöglicht es den Sachbearbeitern, durch das automatische Auswerten von regionalen Daten der Vorgangsbearbeitung, Zusammenhänge zwischen einzelnen Delikten herzustellen, so dass die Aufklärung von beispielsweise bandenmäßig begangenen Delikten erleichtert wird.

Forderung der JUNGEN GRUPPE ist hierbei, dass eine solche Lagebildsoftware auch für die Polizei Saarland angeschafft wird.

Kramp-Karrenbauer: Die Ministerin hält die Erstellung von Lagebildern für sinnvoll. Dazu müssen auch technische Voraussetzungen geschaffen werden. Die geplante Leitstelle soll als Service-stelle auch dazu in die Lage versetzt werden. Insellösungen lehnt sie ab.

Bei der Fertigstellung der Leitstelle soll das Ziel 2008 eingehalten werden.

Thema 8: Blaue Uniformen

Die JUNGE GRUPPE vertritt, ebenso wie die Ministerin, den Standpunkt, dass eine Umstellung der Uniform der Polizei Saarland von grün auf blau keine akute Problematik darstellt und sekundären Charakter hat.

Es wird von beiden Seiten befürwortet, die Haushaltsgelder, in der momentanen finanziellen Situation, besser in andere Bereiche der Polizei zu investieren, wie beispielsweise im Beförderungsbudget oder in der technischen Ausrüstung wie auch im Fuhrpark.

Kramp-Karrenbauer: Die Ministerin betonte jedoch, dass das Saarland auf lange Sicht wahr-

JUNGE GRUPPE

scheinlich nicht an einer Umstellung der Polizeiuniform von blau auf grün vorbeikommen wird. Derzeit wird über ein Finanzierungsmodell beratschlagt, so dass eine Umstellung möglichst einheitlich stattfinden kann.

Thema 9: Bachelor-Studiengang an der Fachhochschule für Verwaltung (FHSV)

Die JUNGE GRUPPE erkundigt sich bei der Ministerin über den derzeitigen Planungsstand, bei der Umstrukturierung des Diplom-Studiums zum Bachelor-Studiengang.

In diesem Kontext zeigt die JUNGE GRUPPE Bedenken bei einer Umstellung des Studiengangs zum „Bachelor“. Fraglich ist, ob die Ausbildung zum Polizeikommissar, im Zuge dieser Umstellung, nicht zu theoretisch wird und wichtige Praxisanteile ersatzlos gestrichen werden müssen, um einen „Bachelor“-Studiengang zu ermöglichen.

Kramp-Karrenbauer: Die Ministerin zeigt Verständnis für die Bedenken der Jungen Gruppe und spricht sich offen für eine praxisnahe Ausbildung in der Polizei aus. Sie verweist dabei auf die Arbeits-

gruppe an der FHSV und schlägt einen Dialog über diese Problematik nach Fertigstellung des Ergebnisberichts der Arbeitsgruppe vor.

Thema 10: WM 2006 und Einsatzplanung der Polizei Saarland
Die JUNGE GRUPPE erläutert die Problematik, stellvertretend für alle betroffenen Kollegen/Innen, bei dem derzeitigen Planungsstand des Einsatzes der Polizei Saarland im Verlauf der WM 2006.

Dabei stellt die JUNGE GRUPPE gezielt die Frage nach dem Umfang des personellen Einsatzes der Polizei Saarland. Die JUNGE GRUPPE zeigt dabei die Situation der betroffenen Kollegen auf, die in der Zeit der WM Urlaubssperre haben, jedoch bisher noch nicht über eine Einsatzkonzeption informiert wurden.

Kramp-Karrenbauer: Die Ministerin erklärt dazu, dass sie sich umgehend mit den Verantwortlichen in Verbindung setzen wird, um eine schnelle Einsatzplanung und die Information der betroffenen Kollegen/Innen zu gewährleisten.

KREISGRUPPEN

Unsere Kreisgruppen berichten

Saarbrücken Stadt

Jubilare im 1. Halbjahr 2006

Sieben langjährige Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Saarbrücken Stadt konnten im 1. Halbjahr 2006 ein besonderes Jubiläum feiern. Das „halbe Jahrhundert“ erreichten Karl- Heinz Groß, Margit Pfüll, Herbert Hohlweck, Wolfgang Neef, Hans Joachim Urig und Jörg Wagner. Zu ihrem 50. Geburtstag gratuliert die Kreisgruppe nochmals recht herzlich.

Gleich 60 „Lenze“ alt wurde eine unserer „guten Feen“ in der „Karcherstraße“, Elisabeth Prinz. Den Ruhestand schon im Blick

hoffen wir, dass sie uns noch ein Weilchen erhalten bleibt und gratulieren auch hier nochmals recht herzlich. Allen Geburtstagskindern wünschen wir von dieser Stelle aus alles Gute, Gesundheit und Wohlergehen.

Sozialraum der PBI Saarbrücken St. Johann ausgestattet

Rechtzeitig zu den Großerignissen Katholikentag und Fußball-WM hat die GdP-Kreisgruppe Saarbrücken das „in die Jahre gekommene“ Inventar des Sozial- und Ü-Schicht-Raumes der PBI Saarbrücken St. Johann teilerneuert, um auch für die bevorstehenden Einsatzlagen „etwas besser“ gerüstet zu sein.

KREISGRUPPEN

Für die GdP-Kreisgruppe Saarbrücken konnten Bernhard Wirtz und Michael Gottesleben dem Leiter der PBI St. Johann, Jörg Wagner, zwei Kaffeemaschinen und ein Geschirrsset übergeben.

Ralf Porzel

Saarlouis

Runder Geburtstag

Am 12. Mai 2006 konnte unser ehemaliger Seniorenvertreter Günther Backes, gut gelaunt und bei bester Gesundheit, seinen



V. I. H. Sinnwell, G. Backes, J. Graf **Foto: Dirk Schnubel**

80. Geburtstag feiern. In die Gratulationsschar reichten sich im Laufe des Tages viele GdPler und ehemalige Weggefährten ein. Die Glückwünsche des Landes seniorenvorstandes überbrachte Artur Jung mit seinem Team, die

der Kreisgruppe Herrmann Sinnwell, Jürgen Graf und Dirk Schnubel. Auch von dieser Stelle aus nochmals alles Gute, vor allem Gesundheit, lieber Günther.

Unterbringung „Vorbildlich“

In der April-Ausgabe 2004 hatten wir uns unter der Überschrift: Unterbringung „Mangelhaft“ der katastrophalen Raumsituation des Polizeipostens Überherrn gewidmet. Nach nunmehr etwas mehr als zwei Jahren gilt es an der Front Entwarnung zu geben. Am 12. Mai 2006 übergab der Bürgermeister der Gemeinde Überherrn, Herr Blaß, offiziell die neuen Räumlichkeiten des Polizeipostens im Rathaus an Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Viele Gäste waren der Einladung gefolgt und so konnte die Übergabe in einem angemessenen Rahmen stattfinden. In seiner Festansprache bedankte sich Bürgermeister Blaß für die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Gemeindeverwaltung und Vollzugspolizei. Der Kreisgruppenvorsitzende Dirk Schnubel überreichte den Kollegen des Polizeipostens ein kleines Präsent der GdP in Form einer Wanduhr. **D. S.**



Die Kollegen des PPost Überherrn

Foto: Dirk Schnubel



Ende Mai verstarb unser GdP-Mitglied **Roland Tomanik**

nach langer schwerer Krankheit. Der Umgang mit seiner Erkrankung und seine positive Lebenseinstellung haben mich sehr beeindruckt. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Dirk Schnubel, Vorsitzender Kreisgruppe Saarlouis

Vorankündigung: Frauenpolitische Bildungsfahrt

Es ist mal wieder „fast“ soweit. Die Planungen für die nächste Frauenfahrt gehen in die heiße Phase. Wir werden dieses Jahr zur Frauengruppe der GdP ins Kölner Polizeipräsidium fahren.

Nach einem kleinen Empfang werden wir uns mit der Presse- und Medienarbeit aus Sicht des Präsidiums und der GdP beschäftigen. Danach können wir ein Mittagessen in der dortigen Polizeikantine einnehmen. Für den Nachmittag ist die Besichtigung der WDR-Fernsehstudios (evtl. Lindenstraße) geplant. Die Rückreise erfordert selbstverständlich

eine kleine Stärkung, die wir wahrscheinlich gegen 19.30 Uhr in einem gemütlichen Restaurant im nördlichen Saarland einnehmen werden. Da zunächst drei Termine zur Debatte stehen (15., 22. oder 29. September 2006), bitte ich darum, sich diese Termine bei Interesse vorzumerken. Das genaue Datum und weitere Einzelheiten werden rechtzeitig an dieser Stelle bzw. per Flugblatt veröffentlicht. Anmeldungen jetzt schon über die Geschäftsstelle bei Sylvia Schuhe (06 81/81 14 98) oder Vera Koch (0 68 38/98 65-3 57).

VERANSTALTUNG 4

GdP-Forum „Fußball WM 2006“



Hugo Müller eröffnet die Veranstaltung vor über 200 Besuchern.

Am Montag, dem 15. Mai 2006, fand in der Zeit von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr auf dem Wackenberg, gemeinsam mit der LPD, ein WM- Forum statt.

Ziel der Veranstaltung war es, die Einsatzkräfte über den Planungsstand zu informieren.

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch Hugo Müller und den Leiter der LPD, Paul Haben, berichtete der Einsatzleiter für den WM-Spielort Kaiserslautern, Herr Maaßen, über den Stand der Einsatzplanung für den Bereich Kaiserslautern. Seine rund 2700 Einsatzkräfte wissen seit wenigen Tagen, so Herr Maaßen, „wann, wo und in welchem Einsatzabschnitt sie einge-

setzt werden“. Noch vor der Mittagspause erläuterte dann Volkmar Hellwig für die LPD den saarländischen Planungsstand. Schwerpunkte für uns sind zum einen die Unterstützungseinsätze für Rheinland-Pfalz am Spielort Kaiserslautern sowie die zahlreichen öffentlichen Übertragungsstätten („Public Viewing“) innerhalb des Saarlandes, die in der Lagebeurteilung schwer zu klassifizieren sind.

Nach der Mittagspause legten dann „Fan-Betreuer“ sowie so genannte szenekundige Beamte (SKB) ihre Sicht der Dinge dar.

An dieser Stelle nochmals ein Dankeschön an alle Beteiligten!

D. S.

VERANSTALTUNG 3

Tag der Hilfsdienste in Saarlouis

Auch in diesem Jahr gab es im Rahmen der Saarlouiser Woche auf dem Großen Markt einen Tag der Hilfsdienste. Unter der Schirmherrschaft von OB Roland Henz hatten sich erneut viele Hilfsorganisationen auf dem Großen Markt versammelt. Die verschiedensten Übungsaufgaben wurden hervorragend gemeistert. Die Polizei war mit den unterschiedlichsten Einsatzmitteln vertreten und stand den vielen interessierten Besuchern Rede und Antwort. Mit viel Engagement wurde für das leibliche Wohl gesorgt. Am Nachmittag zeigte dann die Hundestaffel mit ihren

Vierbeinern ihr Können, bevor dann zum Abschluss der Veranstaltung ein wirklich spektakulärer, simulierter Unfall für Aufsehen sorgte. Ein 40 Tonnen schwerer „Marder-Panzer“ der Bundeswehr stieß mit einem Audi 80 zusammen. In dem Audi hätte bei einem richtigen Unfall niemand überlebt, war der treffende Kommentar eines beeindruckten Zuschauers. Auch in Saarlouis führte Mike Caspers durch das ganztägige Programm. Dafür ein herzliches Dankeschön! Dies gilt gleichermaßen für die vielen Helferinnen und Helfer der PBI Saarlouis!

D. S.



Ein spektakulärer Unfall bahnt sich an.

Foto: Dirk Schnubel



Viele Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung von GdP und LPD gefolgt.

Fotos: Dirk Schnubel